

Von der Göttinger Erklärung zum Atomreaktor

Zwei Jahre nach der Remilitarisierung spielte die Adenauer/Strauß-Regierung 1957 mit dem Gedanken, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszustatten. Dagegen richteten sich 18 westdeutsche Atomwissenschaftler in ihrer "Göttinger Erklärung". Sie verkündeten, sich nicht an der Herstellung von Atomwaffen zu beteiligen, aber weiterhin an der Entwicklung der "friedlichen Verwendung" von Atomenergie mitzuwirken. Diese Entwicklung sollte "mit allen Mitteln" gefördert werden.

Die Göttinger Erklärung ist in ihrer schwammigen Formulierung der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich diese 18 Wissenschaftler einigen konnten. Manchen war ihr konsequenter Pazifismus – auch vor und nach 1957 – nicht abzusprechen (insbesondere trifft dies auf Max Born zu), Andere waren dagegen einst überzeugte Militaristen (Otto Hahn erprobte im 1. Weltkrieg Giftgas – im Labor und an der Front) und 16 der 18 hatten schon im Auftrag des Heereswaffenamtes im 2. Weltkrieg zwei- oder dreifache Atomforschung betrieben, z. T. in führenden Positionen. (W. Gerlach war Leiter des Uranvereins, W. Heisenberg Leiter der wichtigsten Forschungsgruppe. C. F. v. Weizsäcker hatte 1941 eine Patentschrift auf eine Plutoniumbombe angemeldet.) Schon damals vertraten sie die Ansicht, ihre Entwicklung eines Atomreaktors würde schon nicht militärisch genutzt werden. Dem gleichen Trugschluss unterlagen sie auch in der "Göttinger Erklärung". Dabei war ihnen längst bekannt, dass eine strikte Trennung in "friedliche" und "militärische" Nutzung nicht möglich ist. Deutlich ist dies z.B. bei Urananreicherungs-Anlagen wie der UAA im westfälischen Gronau: Je nach Anreicherungsgrad kann Uran für AKWs oder auch für Atombomben verwendet werden.

Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

Schlussatz der Göttinger Erklärung

Die Göttinger Erklärung war eine willkommene Gelegenheit, das Image der deutschen Atomforschung aufzupolieren und die Kittel der Unterzeichnenden wieder weiß zu waschen. Viele hatten eine glänzende Nachkriegs-Karriere vor sich, und einigen ging es auch konkret um die Sicherung von Fördergeldern für ihre eigenen Institute. (Otto Hahn war Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. Fast alle Unterzeichner arbeiteten an Max-Planck-Instituten oder Universitäten.) Was alle Unterzeichner eint ist, dass sie glühende Atomkraftbefürworter waren – trotz ihres Wissens um die Gefahren dieser Technologie.

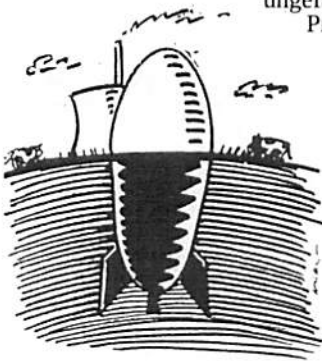
So läutete die Göttinger Erklärung 1957 das Atomzeitalter in Westdeutschland ein und segnete es ab. Der Öffentlichkeit sollte das berechtigte Misstrauen vor der Atomtechnologie genommen werden. Unmittelbar nach Aufhebung der alliierten Kontrollratsbeschränkungen waren 1956 die ersten Großprojekte in Angriff genommen worden: Baubeginn des ersten AKWs in Kahl, Einweihung der

Kernforschungszentren in Karlsruhe, Geesthacht und Jülich. Diese Forschungszentren wurden zu Sammelbecken von Alt-Nazis und bewegten sich oft in einer zivil-militärischen Grauzone^[1]. Bezeichnenderweise hat keiner der damals an diesen Zentren Beschäftigten die Göttinger Erklärung unterschrieben. Bezeichnend auch, dass trotzdem immerhin drei der Unterzeichner keine moralischen Bedenken hatten, später an diese Institute zu wechseln. (Paul ging 1958 nach Jülich, Wirtz 1957 nach Karlsruhe, Haxel 1970 nach Karlsruhe.) Sie hatten sich in der Göttinger Erklärung ja auch nur verpflichtet, die "Herstellung und den Einsatz von Atomwaffen" zu verweigern, nicht aber die theoretische Vorarbeit...

**Jedes Urankraftwerk ist zwangsläufig
auch eine Kernsprengstofffabrik**

Mitunterzeichner O. Haxel 1952

Die Kritik an der militärischen Nutzbarkeit von Atomtechnologie bedeutet nicht, dass eine rein zivile Nutzung harmlos wäre. Die Schäden für Mensch und Natur schon beim Uranabbau, die unvermeidbare Strahlenbelastung im Normalbetrieb eines AKWs und die ständige Gefahr eines GAUs, die nicht ungefährlichen Atommülltransporte und das unlösbare Problem der dauerhaft sicheren Einlagerung machen Atomtechnologie zu einer nicht vertretbaren Bedrohung.



Die Göttinger Erklärung läutete 1957 denn auch das Zeitalter der großen "friedlichen" Atomkatastrophen ein: Am 28. Sept. 1957 erfolgte eine verheerende Explosion eines Plutoniumtanks in Majak (Russland), und am 7.-12. Okt. 1957: ein Großbrand im Reaktor von Sellafield (England). Dazwischen, am 10. Oktober 1957 – ein halbes Jahr nach der Göttinger Erklärung – wurde der erste deutsche Atomreaktor (Forschungsreaktor Garching) in Betrieb genommen.

Ihrer Verantwortung der Gesellschaft gegenüber wären die unterzeichneten Wissenschaftler sicher eher gerecht geworden, wenn sie jegliche Nutzung der Atomenergie abgelehnt hätten.

1 Jülich und Karlsruhe gaben später Hilfestellung zum Aufbau des Atomprogramms in Regimen wie Argentinien, Brasilien, Südafrika, Indien und Pakistan. Nur wenige Wochen vor Konzipierung der Göttinger Erklärung war C. F. v. Weizsäcker zu Ohren gekommen, dass am GKSS Geesthacht mit Fusionsbomben experimentiert wurde. Auch "friedliche" Wasserstoffbomben wurden dort später angedacht (für Groß-Sprengungen im Hafenaufbau). GKSS-Gründer K. Diebner war schon in der NS-Zeit Leiter der mit Heisenberg konkurrierenden Forschungsgruppe und führte Explosionen mit vermutlich Fusionsbomben durch.